

Stadtentwicklungsplanung Heidelberg 2015 (STEP)

- Entwicklung, Steuerung und Durchführung -

„**Perspektiven**“ zur Beteiligung und Mitwirkung öffentlicher und privater Akteure an der räumlichen Planung 1)

Räumliche Entwicklung resultiert aus dem Handeln vieler öffentlicher und privater Akteure, die wesentlich zur **Entwicklung von Stadtraum und Stadtgesellschaft** beitragen. Zwar vermag kein Plan wirklich vorzugeben, wohin die Entwicklung geht. Die Verantwortung zu entwickeln, zu steuern und durchzuführen aber ist Aufgabe der Verwaltung und ihrer städtischen Ämter.2) Hoheitliche, koordinierende und kooperierende Funktionen müssen von dem politisch-administrativen System zusammengeführt werden, Vorhandenes ist zu organisieren, umzubauen, wieder „zu erfinden“ oder zumindest neu zu überdenken und **umzusetzen**.

Im Spannungsfeld des politisch-administrativem Systems, der Märkte, der Zivilgesellschaft und privaten Haushalte entwickelt sich der städtebauliche Raum. In diesem Spannungsfeld galten planvolle Interventionen in den 60er, 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts als Erfolg einer rationalen Politik. Doch gegen diese Planungsvorstellungen entwickelten sich im Lauf der Zeit >Widerstände. Planung wurde argumentativ gleichgesetzt mit >staatlicher Bevormundung, mit einem >aufgeblähten Verwaltungsapparat, mit Misswirtschaft, mit Staatsverschuldung.3)

Daher die Frage: Planung, wie weit können und sollen verwaltungsinterne Gestaltungsansprüche reichen? Planung, einmal >Fortschrittsignal, einmal >Feindbild? **Wer plant für wen?** Hier die Planverfasser, die einen Plan machen und dort die Planadressaten, die sich nach dem Plan zu richten haben. Sollen, dürfen, können die einen den anderen vorschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben? Immer öfter werden Prozesse und Diskussionen in dem Moment **von der Politik ideologisch aufgeladen, wo eine Verwaltung versucht, einzugreifen und zu steuern.** Lange Zeit unbestritten. Heute aber mit der Forderung verbunden: die >Verwaltung habe bei Entscheidungsprozessen zur räumlichen Planung einen **Weg des Ausgleichs zwischen dem >politisch-administrativen System, dem >Markt und der >bürgerlichen Zivilgesellschaft zu suchen, zu finden und umzusetzen.**

Stadt-, Regional- und Landschaftsplaner planen für Stadt und Land. Von eh und je nimmt dieser Berufsstand an der bewegten Geschichte der Planung teil, von der Euphorie bis zur tiefen Ernüchterung. Rationale Steuerung von städtebaulichem Raum und Gesellschaft wurde zum Inhalt von Plänen, Programmen und Konzepten, die von der Verwaltung mit ihren Ämtern eigenverantwortlich erstellt wurden. Bemühungen des administrativen Systems, die allerdings oft **wenig Wirkung** zeigten, sowohl **intern in der eigenen Verwaltung** als auch **extern in der kommunalpolitischen Diskussion und den kommunalpolitischen Programmen der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien.** Immer öfters mussten in der Praxis zukunftsorientierte Absichten und Ziele aufgegeben werden. Es folgten kleinteilige, mühsame Versuche und Prozesse der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse zu Einzelmaßnahmen räumlicher Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanungen. Planungsämter wurden dazu vergattert, über Vorsteuerungs- und Abstim-

1) H. Dannenberg * Dipl.-Ing. * Freier Architekt u. Stadtplaner SRL * architekt-dannenberg@t-online.de
Stadtentwicklung Heidelberg 2015 (STEP) „Entwicklung, Steuerung und Durchführung“,
Ausarbeitung als Informationsvorlage zur Sitzung des AK BüBe am 14. Okt. 2011

2) OB Dr. E Würzner: „Wo will Heidelberg in zehn Jahren stehen? - „Wir wollen die Bürgerschaft aktiv einbeziehen (.....). Eine zu benennende Gruppe soll mit der Entwicklung, Steuerung und Durchführung des Bürgerbeteiligungsprozesses beauftragt werden (.....)“. Juni 2011

3) Vgl. hierzu: Klaus Selle (Hrsg.) 2005, Planen*Steuern*Entwickeln, S. 31 ff

mungsmaßnahmen staatliche, kommunalpolitische und bürgerschaftliche Aktivitäten innerhalb der Verwaltung aufzufangen. In aufwändigen Verfahren müssen viele Ressorts und Handlungsebenen innerhalb der Verwaltung >miteinander in Verbindung gebracht und verzahnt werden, um ein gemeinsames Handeln zwischen der Verwaltung, der Politik und der Bürgerschaft zu ermöglichen, zu garantieren und **umzusetzen**

Nüchtern betrachtet, besteht die Rolle der Planungsakteure innerhalb der Verwaltung darin, ideale und rechtliche Voraussetzungen für private Investorentätigkeit (Dritte, private Grundeigentümer, Investoren u.a.) herzustellen. Nur wenn sich private Akteure finden lassen, die eigene Ressourcen (Grundstücke, Nutzungsweisen, Geld etc.) im Sinne öffentlicher Rahmensetzungen beisteuern, bewegt sich etwas in die „geplante Richtung“. Durch >**private Aktivitäten** können Absichten und Ziele leichter erreichbar gemacht werden, die >**im öffentlichen Interesse** liegen, sei es die Wiedernutzung einer Brache (z.B. militärische Konversionsflächen), die Neubebauungen entlang den Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs (z.B. Kirchheimer Weg) oder die Extensivierung von der Universität genutzten Flächen innerhalb der räumlichen Entwicklung der Stadt Heidelberg. (z.B. in der Altstadt, in Bergheim, in der Bahnstadt oder im Neuenheimer Feld)

Stadtplanerische Tätigkeit bewegt sich zwischen öffentlichen, privaten und politischen Akteuren. Verwaltung, Universität, Grundeigentümer, Investoren, Banken, Unternehmen, ja selbst private Haushalte nehmen daran teil und geben Impulse für eine räumliche Entwicklung des Stadtraums. Die reale Vielfalt städtischer Ämter, öffentlicher Akteure, Gemeinderat, Ausschüsse, Beiräte, Stadtteilvereine, politische Parteien, Agenturen, Betriebe und ihre unterschiedlichen Bezüge zueinander, wirken an diesen Entwicklungen mit, reagieren, setzen Rahmenbedingungen und wollen aktiv an den projektorientierten Prozessen beteiligt und eingebunden werden.

Das **Berufsverständnis des Stadtplaners**, der, entsprechend seiner Ausbildung an der Universität, darauf trainiert wurde, **Entwicklungsaufgaben** in den Städten als „Entwürfe“ zu behandeln und sich als derjenige zu verstehen, der **der Zukunft - geleitet von eigenen subjektiven Vorstellungen - eine Form gibt**, plant heute weit an der Realität vorbei und interessiert die öffentlichen Akteure und die Politik wenig. **Bilder von Räumen** als Entwürfe, als Bestandteile eines räumlichen Entwicklungsprozesses, bleiben aber weiterhin von großer Bedeutung, müssen diese doch mit der >**Wirklichkeit der Entwicklung des Stadtraums und der Stadtgesellschaft in Verbindung gebracht werden**. Dabei gilt auch ein an die Planung gerichteter, umfassender >**Verbesserungsanspruch**, für den man „**qua Profession**“ berufen ist. Räumliche Stadtentwicklung wird zum >**Stadtmanagements**, verbunden mit der Aufgabe, „aktuelle und künftige städtebauliche Prozesse so zu gestalten und zu organisieren, dass die >**Totalität Stadt** optimal berücksichtigt wird. **Die Einbeziehung aller „gesellschaftlicher Gruppen“** ist dafür **Vorraussetzung**. Angesprochen und untersucht werden muss aber auch: **Was, wenn „gesellschaftlichen Gruppen“** (z.B. Bürgerinitiativen) **nicht so wollen, wie ihre Planer? Was, wenn die Gestaltungs- und Organisationsformen einer Bürgerbeteiligung ins Leere laufen, weil sie über keine Themen, Inhalte und Steuerungsressourcen verfügen?** Allein mit einem „**Überredungsdirigismus**“, als Element des fachlichen Wissens, eine in der Praxis sogenannte „notwendige Grundhaltung“, die das Verhältnis zwischen innovationsorientierten und beharrenden Kräften innerhalb der Verwaltung, der Politik und der Bürgerschaft darzustellen versucht, ist es nicht getan. Auch ein „**Leitsystem für eine systematische Bürgerbeteiligung**“ **allein wird es nicht richten**, bleibt doch die endgültige Entscheidung über Programme, Pläne, Konzepte usw. zur räumlichen Entwicklung Stadt den repräsentativ gewählten „**politischen Mehrheiten**“ **im Gemeinderat** vorbehalten.

Die Bundesarchitektenkammer (BAK) beurteilt die Tätigkeit der Stadtplaner wie folgt: „Ziel, Gegenstand und Aufgabe stadtplanerischer Tätigkeit ist die städtebaulich-räumliche und stadtgestalterische Ordnung der gesellschaftlichen und individuellen Lebenswelt der Menschen. Stadtplaner übernehmen dabei **vier wesentliche Rollen**:

1. Als **Treuhänder** sind Stadtplaner (.....) objektive Berater im Hinblick auf intelligente, verantwortliche und städtebauliche Programme, Aufgabenstellungen und Planungsverfahren.
2. Als **Entwerfer** zeichnen sich Stadtplaner aus durch ebenso rationale wie schöpferische Tätigkeit, mit analytischer und konzeptioneller Begabung sowie umweltgestalterischen Fähigkeiten.
3. Als **Moderatoren** berücksichtigen Stadtplaner die fachlich-inhaltliche Abwägung aller maßgebenden Planungsaspekte in ganzheitlicher Betrachtung, objektiver Entscheidungsvorbereitung und verständlicher Präsentation. Sie tragen damit zur Interessenvermittlung und Konfliktlösung in gesellschaftlicher Verantwortung bei.
4. Als **Koordinatoren** bestimmen Stadtplaner die Projektentwicklung und Projektsteuerung einer Planungsaufgabe in der **>inhaltlichen Komplexität** der beteiligten Fachdisziplinen, in der **>Meinungsvielfalt der Interessen- und Betroffenengruppen** sowie **>bei Behörden und Entscheidungsträgern**. Sie sichern angemessene **>inhaltliche** und **>zeitliche Planungsabläufe** mit entsprechenden **>Planungs- und >Realisierungskosten**. Sie lösen damit zugleich erhebliche volkswirtschaftliche Wertschöpfungen aus.

Ein **Steuerungssystem wird gesucht**, das darauf ausgerichtet ist, die Aktivitäten verschiedener Beteiligter auf eine gemeinsame Aufgabe hin zusammenzuführen. Räumliche Entwicklung wird zur Gemeinschaftsaufgabe, die des Handelns vieler bedarf. **Öffentliche Akteure wirken an dieser Aufgabe verantwortlich mit, bemühen sich um Abstimmung ihres eigenen Handelns, versuchen verschiedene Gruppen und Beteiligte bei komplexen Aufgaben zusammenzuführen und schaffen rechtliche Rahmenbedingungen für private Aktivitäten im städtischen Raum.** Dabei stehen den öffentlichen Akteuren hoheitliche Steuerungsinstrumente (u.a. das BauGB) zur Verfügung. Städtische Planungsämter müssen in der Lage sein, eigene **Ziele und Anforderungen in den Prozess der Stadtentwicklung** einzubringen, unter Mitwirkung öffentlicher und privater Akteure. Diese Aktivitäten dürfen nicht mehr nur auf Pläne und Programme einer räumlich städtebaulichen Ordnung beschränkt bleiben, sondern müssen ihren Ausdruck auch in Koordinationsbemühungen, in Kooperationen, in **aktiver Einflussnahme auf das Marktgeschehen**, in der Projektentwicklung und vielem mehr finden. Über Stadt- und Regionalmanagement 1), über „local governance“, über Umweltentwicklung usw. wird daher ein breites Spektrum an **Steuerungs- und Entwicklungsbemühungen** sowohl **von der Verwaltung** als auch von den im Gemeinderat vertretenen **politischen Parteien, von öffentlichen und privaten Akteure angemahnt**, die weit über das Aufstellen von Plänen, Programmen und Konzepten zur Stadtentwicklung sowie über das Aufstellen von Kommunalwahlprogrammen hinausgehen.

Sind Heidelbergs langjährige Bemühungen zur Stadtentwicklungsplanung am Ende? 2) Diese Frage muss gestellt werden, nachdem sich nach wie vor gute Gründe und harte Fakten für die

1) Hochstadt, Stefan (Hrsg.), 2005: Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden (VS Verlag)

2) Kroll-Schretzenmayer, Martina (2002): Ist Raumplanung am Ende?

geringe Reichweite bisheriger Bemühungen und ein **politisches Desinteresse** an einer planvollen Steuerung der räumlichen Stadtentwicklung und Innenstadterweiterung **in der notwendigen Umsetzung** gezeigt hat. Dennoch darf die in den 1990er Jahren begonnene Stadtentwicklungsplanung nicht ihr Ende finden. Mit der Globalisierung, mit der zunehmenden Komplexität räumlicher Entwicklungsprozesse, verbunden mit sich vertiefenden sozio-ökonomischen und demografischen Disparitäten, ändert sich auch das Anforderungsprofil räumlicher Planungsaufgaben. Ein Koordinationsbedarf zur Lösung der **<Konflikte konkurrierender Nutzungen** im gesamtstädtischen Raum mit seinen 14 Stadtteilen ist gefordert.¹⁾ Sowohl eine **>notwendige innerstädtische Erweiterung**, verbunden mit einer Erweiterung des Standortes Einzelhandel, über die **Heidelberger Altstadt** und den **Bismarckplatz** hinaus, in Richtung **Bergheimer-Straße und Kurfürsten-Anlage** bis zum **Hauptbahnhof** als auch die **>räumliche Entwicklung und Einbindung >des neuen Stadtteils Bahnstadt** fordern diese **städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen gerade heraus!**

In einem Planungszeitraum, ab den 1990er Jahren bis heute, entstanden u.a. nachfolgend genannte **informelle räumliche Planungsgrundlagen**, begleitet von einer **frühzeitigen Beteiligung öffentlicher und privater Akteure aus Verwaltung, Politik/Gemeinderat und Bürgerinnen und Bürger, eingebunden in zahlreiche Formen der Bürgerbeteiligung.**²⁾³⁾

- > **Stadtentwicklungsplanung 2015 (STEP)**, Leitlinien und Ziele für die Kommunalpolitik,
- > **Modell Räumliche Ordnung (MRO)**,
 - > **Siedlungsstrukturkonzept (SSK, 1998)**
 - > **Baudichteplan (1996)**
 - > **Freiflächenstrukturkonzept (FSK, 1998)**
 - > **Umweltplan (UP 1998)**
- > **Verkehrsentwicklungsplan 2001 (VEP)**, Leitlinien und Projekte
- > **Stadtteilrahmenplanung für 14 Heidelberger Stadtteile**
 - > Teil 1: Bestandsaufnahme, Prognose und Bewertung
 - > Teil 2: Entwicklungskonzept und Maßnahmevorschläge
- > **Bahnstadt Heidelberg**
 - > Wettbewerb (2001)
 - < Rahmenplanung (2003)
 - > Umweltbericht (2004)
 - > Plätze, Parks und Promenade * Der öffentliche Raum in der Bahnstadt (09.2005)
 - > Vorbereitende Maßnahmen zur Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (05.2007)
 - > Fortschreibung der Rahmenplanung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Optimierungen (Drucksache: 0102/2007/IV v. 29.06.2007)
 - > Städtebauliche Rahmenplanung „Bahnstadt 2007“ (09.2007)

1) Vgl. hierzu: Die Alte Stadt, Heft 4/2010, S. 343-356,

Annette Friedrich: **Zu Attraktiv?“** Die überbeanspruchte Altstadt von Heidelberg

2) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Arbeitskreis für „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Heidelberg“, Protokoll der 1. Sitzung v. 18.03.2011, S. 17 ff, **„Beispiele für die Beteiligung von Bürger- und Bürgerinnen an Planungs- und Entscheidungsprozessen in Heidelberg“**, z.B. >Umfassende Bürgerbeteiligung zur Stadtentwicklungsplanung, >Verkehrsforum, >Workshops zu Stadtteilrahmenplänen, >Innenstadtforum Einzelhandel, >Werkstattgespräche „Stadt an den Fluss“, Runde Tische, z.B. zum Sanierungsgebiet Rohrbach -Konzept und Verkehr u.a.

3) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Drucksache: 0139/2010/IV v. 27.09.2010, Betreff: Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg, Informationsvorlage, S. 3.1: **„Entsprechend den Leitlinien des Stadtentwicklungsplans 2015 ist Bürgerbeteiligung weit über den gesetzlich vorgesehenen Rahmen seit Jahren wichtiges Anliegen der Stadtverwaltung. Es gibt viele gelungene Beispiele (.....)**

Informelle Planungsgrundlagen, dargestellt in Entwicklungskonzepten, Maßnahmevorschlägen und Lösungsansätzen zu den vielfältigen Querschnittsaufgaben der Stadtentwicklung, **vom Gemeinderat beschlossen**, für eine zukunftsorientierte **Entwicklung von „Stadttraum und Stadtgesellschaft“**. („Heidelberg *Stadt der Zukunft*“) Um daran weiterhin mit Erfolg arbeiten zu können, muss genau **analysiert werden, welche Interessen hinter welchen Plänen und Programmen zur Stadtentwicklung in Heidelberg** stehen bzw. versammelt werden können, und, ob diese durchsetzungsstark genug sind, um einer **neu zu definierenden räumlichen Stadtentwicklungsplanung in „Heidelberg eine Zukunft“** zu geben.

Steuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen, wie bereits angesprochen, müssen daher ins Auge gefasst werden, die weit über das Aufstellen von Plänen und Programmen zu einer städtebaulich räumlichen Entwicklung hinausgehen. Eine „rationale“ Steuerung von Raum und Gesellschaft muss von der Verwaltung, der Politik, der Bürgerschaft gefunden und organisiert werden, **da genannte Planungen, Programme und Konzepte** im Verlauf der letzten Jahre **sowohl in der eigenen Verwaltung** mit seinen Dezernaten und den dazugehörigen Ämtern **als auch in der politischen Diskussion der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien wenig Bestand** hatten, geschweige denn bei Beschlüssen im Gemeinderat Wirkung zeigten. Mit der Folge, dass „hochfahrende Absichten und Ziele“ in der Praxis aufgegeben werden mussten zugunsten kleinteiliger und mühsamer Prozesse der planerischen Einflussnahme auf vielfältige Einzelentwicklungen. Private Akteure, mit und ohne „parteilichen Hintergrund“, mischten sich ein, traten den kommunalen und etablierten politischen Akteuren gegenüber und forderten ihr Recht auf Mitbestimmung und Mitwirkung bei räumlichen Entwicklungsplanungen. Einmal gefasste weitreichende Vorstellungen zu einer umfassenden verwaltungsinternen Lenkung der Entwicklung von Stadttraum und Stadtgesellschaft müssen daher neu überdacht werden!

Beginnt der Prozess einer „Entstaatlichung“ der repräsentativen Demokratie? Um dies beurteilen zu können, muss in Heidelberg eine **Analyse** und eine **Diskussion über** zuvor genannte „**Planungsabsichten und Gewissheiten**“ geführt werden, **>grundsätzliche und wesentliche Planungen zur >Stadtentwicklung und >Innenstadterweiterung sind neu zu überdenken und in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Strukturelle, demografische und ökonomische Veränderungen verlangen nach einer Fortschreibung der bestehenden, vom Gemeinderat beschlossenen, Pläne, Programme und Konzepte, sowohl unter dem Aspekt einer >innerstädtisch, räumlichen Neuorientierung** in Richtung Hauptbahnhof mit den Stadtteilen Altstadt und Bergheim als auch einer **städtebaulich räumlichen Ein- und Anbindung des neuen Stadtteils „Bahnstadt“ in die Gesamtstadt, über einen sich neu zu entwickelnden weiteren Stadtteilmittelpunkt um den „Hauptbahnhof“, entsprechend der Campus-Ideologie „Wissen schafft STADT“**.

Gefordert ist eine „**fachliche Diskussion**“ mit **Inhalten und klarem Blick nach vorn**, was wirklich in der Praxis geschehen soll und **keine Diskussion in „Soll-Bildern“**. Dem **Handlungsdruck der Praxis vor Ort** gehorchend, muss auf vielfältige Weise mit **Arbeits-, Organisations- und Finanzierungsformen**¹⁾ experimentiert werden, **um als Verwaltung in der räumlichen Stadtentwicklung, trotz veränderter politischer Mehrheiten und Entscheidungen im Gemeinderat, handlungsfähig zu bleiben**. Diese veränderte Sichtweise bedeutet, dass **Planung** zukünftig in den „**wesentlichen Phasen von Entwicklungs-, Planungs- und Ent-**

1) Vgl. hierzu: Bauforum Heidelberg, Sept. 2011, Studentenwettbewerb „Wissen schafft STADT“
Städtebau-Institut Universität Stuttgart, Lehrstuhl Städtebau und Entwerfen Prof. Bott
hier: **Die neue Identität für Heidelberg 2030 mit Masterplan HD 2030**

scheidungsprozessen mit der Erfahrung und dem Sachverstand der Verwaltung, dem der Politik/Gemeinderat und dem der Bürger/-innen auf kooperative Weise über einen Dialog oder Trialog zusammengeführt und für das Gemeinwesen der Gesamtstadt nutzbar gemacht werden muss. 1)

Aufbauend auf den bestehenden Plänen, Programmen und Konzepten zur räumlichen Entwicklung Heidelbergs sollten Verwaltung, Gemeinderat und Bürger den eingeschlagenen **Weg einer integrierten Stadtentwicklungsplanung mit intensiver Bürgerbeteiligung** fortsetzen. Mit **erprobten, informellen Formen und Verfahren zur Bürgerbeteiligung** setzt die Verwaltung Ihre Bemühungen fort, um die **öffentliche Diskussion über >Information und >Transparenz politisch neu zu beleben**, vertieft mit den Fragen: **Wozu? Wer? Wann? Wie? Was passiert mit den Ergebnissen?** 2) **Ein Anstoß** sowohl für die **>Verwaltung als auch für die >Mandatsträger** der im Gemeinderat vertretenen **>politischen Parteien, >Anregungen, Absichten und Ziele** aus diesen Prozessen in interne Arbeits- und Projektabläufe zu integrieren und **Bürgerbeteiligungsprozesse für Bürger/-innen und Bürgerinitiativen zu initiieren**. Nachfolgend **von der Verwaltung eingeleitete Verfahren**, die sich über Information und Transparenz in einem Prozess der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung befinden:

>**“Entwicklung von Leitlinien für die systematische Bürgerbeteiligung in Heidelberg“**
Trialog in einem gebildeten **Arbeitskreis Bürgerbeteiligung** (AK BüBe) aus Vertretern der Verwaltung, der Politik/dem Gemeinderat und der Bürgerschaft

>**“Wissens schafft STADT“ * Eine internationale Bauausstellung in Heidelberg (IBA)**
Stadt Heidelberg, Stadtplanungsamt, in Kooperation mit der Universität Heidelberg zum 625-jährigen Jubiläum der Universität * Forum mit vier Veranstaltungen zu den Themen:

- >**Stadtentwicklung** in der Wissensgesellschaft - Sozialwissenschaftliche Perspektiven
- >**Stadtraum und Stadtidentität** - Städtebauliche Perspektiven
- >**Planungsprozess, Baukultur und Öffentlichkeit**
- >**Eine Internationale Bauausstellung für Heidelberg (IBA)**

„Dialog im Gesprächskreis: Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft nehmen die Fäden aus dem Impulsreferat auf, reflektieren und ergänzen und kommentieren. (.....) **Der Öffentlichkeit** wird die Möglichkeit gegeben, zum Vortrag und zur Debatte des Gesprächskreises **Fragen zu stellen und Meinungen zu äußern“** 3)

>**Studentenwettbewerb 2011 „Wissen schafft STADT“**

Städtebaulicher Masterplan für „HD 2030“ * Städtebauliches Institut Universität Stuttgart

>**“Aufwertung Hauptstraße“ * Gestaltung im Dialog**

- 1) Erarbeitung eines **gestalterischen Leitbildes für die Hauptstraße** als Kooperationsprojekt zwischen der Architektenkammergruppe Heidelberg und dem Stadtplanungsamt der Stadt Heidelberg unter „Einbeziehung der Heidelberger Bürger/-innen mit dem Ziel der
- 2) zur **Verbesserung des Stadtbildes, zur Stärkung des Tourismus und der Kultur** in Heidelberg soll ein **Besucherleitsystem** vorbereitet werden.

1) Vgl. hierzu: Protokoll zur 3. Sitzung des AK BüBe „Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung in HD“ S. 17, Ziele der Bürgerbeteiligung der Stadt HD, Diskussionsvorschlag Klages/Vetter

2) Vgl. hierzu: Protokoll zur 3. Sitzung des AK BüBe, Auftrag - Ziele - Zwischenstand, Juli 2011 S. 6 ff., Fragestellung: Wozu wird wer, wann, wie beteiligt?

3) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Stadtplanungsamt, „Wissen schafft STADT“, Öffentliche Einladung zu vier Diskussionsforen (Mai 2011 bis Sept. 2011), Faltblatt

>“**Beleuchtungssystem Altstadt**“

>“**Entwicklung von Konversion US-Flächen in Heidelberg**“

Dialogischer Planungsprozess mit Entwicklungsbeirat, bestehende aus 34 Vertreter/-innen der Heidelberg Stadtgesellschaft, **als Baustein zur Bürgerbeteiligung**

>“**Beauftragter für Kultur- und Kreativwirtschaft**“

Förderung der „kreativen Kultur und Ökonomie“ in Heidelberg und „Maßnahmen zu einer Vernetzung zukunftsorientierter Kultur und Wirtschaftspolitik“, mit Aufgabenfeldern, von der „**Wirtschaftsförderung über die Kultur bis hin zur Stadtentwicklungspolitik und räumlichen Planung**

>“**Integriertes Handlungskonzept Emmertsgrund**“

Teil 1 der Fortschreibung: „Zwischenbilanz 1999-2011“

- Bestandsaufnahme, Entwicklung und Bewertung -

„**Mit der Fortschreibung des Stadtteilrahmenplanes Emmertsgrund von 1999** und des darauf aufbauenden Sanierungskonzepts von 2003 **setzt Heidelberg den eingeschlagenen Weg der integrierten Stadtteilentwicklung mit intensiver Beteiligung der Bürgerschaft konsequent fort**“¹⁾

>“**Stadt an den Fluss**“

>**Beschluss des Gemeinderats für „Stadt an den Fluss“** (Juli 2008, mit großer Mehrheit)

>**Gestaltungswettbewerb „Neckarufersperrpromenade Heidelberg“** (Jan. 2009, Ergebnis)

>**Werkstattgespräche „Stadt an den Fluss“**,²⁾

Bürgerbeteiligung über Transparenz und Informationen zu den Themen:

>**Fluss und Wasser** (Nov. 2009)

>**Kultur und Kunst** (Dez. 2009)

>**Familie, Kinder, Freizeit** (Jan. 2010)

>**Anwohner und Verkehr** (April 2010)

>**Zusammenführung und Ausblick** (Mai 2010)

Wurde vorangehend auf die **Schwierigkeiten** hingewiesen, **in Heidelberg eine „Kommunikationskultur“ zwischen Verwaltung, Politik/Gemeinderat und Bürgerschaft zu Prozessen der räumlichen Stadtentwicklungsplanung aufzubauen**, so zeigt sich erneut, dass sich **auch der Arbeitskreis Bürgerbeteiligung (AK BüBe)**, in seiner Zusammensetzung aus Vertretern der Verwaltung, des Gemeinderates/der im Gemeinderat vertretenen Parteien und der Heidelberger Bürgerschaft (>Bürger für Heidelberg e.V., >Stadtteilvereine, >ev. und kath. Kirche, >Bürgerstiftung und >Sportvereine) **schwer tut**, für die angesprochenen **Kommunikationsstrukturen**“ ein gültiges Konzept **„Leitlinien für eine systematische Bürgerbeteiligung in Heidelberg“ zu finden und aufzubauen. Kommunikationsstrukturen, die, im Gefüge einer repräsentativen Demokratie,**³⁾ **auf Dauer der Heidelberger Öffentlichkeit einen regelmäßigen, transparenten Informations-, Gesprächs- und Diskussionsaustausch zwischen der Verwaltung, der Politik/den Mandatsträgern im Gemeinderat und dem Bürger garantieren sollen.**

1) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg (Hrsg.), Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 04/2011, Integriertes Handlungskonzept Emmertsgrund
>Teil1 der Fortschreibung: Zwischenbilanz 1999 – 2011, S. 2ff, hier: Ablaufplan integriertes Handlungskonzept

2) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg (Hrsg.), Amt für Stadtentwicklung und Statik, Juni 2010
„Stadt an den Fluss“, Dokumentation der fünf Werkstattgespräche 2009/2010

3) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Drucksache 0139/2010/IV v. 27.09.2010, Info-Vorlage zur „Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg“, S. 2.2 (.....) Herr Oberbürgerm. Dr. E. Würzner betont, dass es um **eine Systematisierung der bereits praktizierten Bürgerbeteiligung zur Unterstützung der gewählten Gremien gehe, deren Kompetenzen unangetastet bleiben.**“ (.....)

Systematische und kontinuierliche Bürgerbeteiligung verlangt nach Beispielen, Themen und Vorhaben, dargestellt in Programmen, Plänen und Konzepten zur räumlichen Stadtentwicklung, wie sie bereits in einem Dialog bzw. Trialog 1)2) 3) zwischen der Verwaltung, der Politik/den im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien mit ihren Mandatsträgern und den privaten Akteuren aus der Bürgerschaft **im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte (1990) bis heute** diskutiert, erarbeitet und **>mehrheitlich vom Gemeinderat für Verwaltungshandeln beschlossen** wurden. **In der Heidelberger Öffentlichkeit besteht daher ein >zwingendes Interesse an einer >überschaubaren Umsetzung dieser Pläne, Programme und Konzepte über >verwaltungsinterne Vorhabensberichte** für eine vorausschauende räumliche Planung. Für den **Aufbau einer öffentlichen Kommunikationsstruktur und eines Kommunikationsprozesses** über „Leitlinien zur systematischen Bürgerbeteiligung“ ist der **>Prozess zur Fortschreibung der Heidelberger Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Stadtteilrahmenplanung dringend erforderlich**, da **über eine Fortschreibung** für alle Akteure **>konkrete Vorhaben** und **>deren Einordnung** in den Rahmen des **>Stadtentwicklungsplans 2015 (STEP)**, des **>Modells Räumliche Ordnung (MRO 1998)**, des **Verkehrsentwicklungsplans (VEP 2001)**, der **Stadtteilrahmenpläne für 14 Heidelberger Stadtteile (1995 – 2006)**, der **Ergebnisse des Innenstadtförums Einzelhandel**, der **Zielvorstellungen des Tourismusleitbildes ...** usw. **in einer zeitlichen und finanzierbaren Umsetzung** erkennbar dargestellt werden müssen.

Facit:

„Mit **„einem Quantum Bürgerbeteiligung mehr“**⁴⁾ steht **>der Stadtverwaltung und >dem Heidelberger Gemeinderat ein „heißer Herbst“** der Entscheidungen und Beschlüsse bevor. Der Prozess der **>Fortschreibung der Heidelberger Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Stadtteilrahmenplanungen lässt auf sich warten**. **Weder die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien noch die Träger öffentlicher Belange zeigen ein starkes Interesse daran**. Wären sie

1) Vgl. hierzu: Ausführungen des Verf. S. 4ff: Informelle Planungen, Programme und Konzepte (.....)

2) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg (Hrsg.) Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Nov. 2005
Stadtteilrahmenplan Altstadt -Teil 2: Entwicklungskonzept und Maßnahmevorschläge
hier: S. 3 – 14, **1.2 Ablaufschema, 1.3 Teilnehmer- und Teilnehmerinnen der Arbeitsgruppen**; S. 22 -28, **Ablauf Stadtteilrahmenplan, Entwicklungskonzept und Maßnahmevorschläge mit Zielen, Inhalten und Zeithorizont**

3) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg (Hrsg.), Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Arbeitskreis zur Entwicklung von „**Leitlinien für eine systematische Bürgerbeteiligung in Heidelberg**“; **Protokolle der Arbeitssitzungen**: Prot. 1 (März 2011), Prot. 2 (April 2011)
Prot. 3 (Mai 2011), Prot. 4 (Mai 2011), Prot. 5 (Juli 2011) u. Prot. 6 (Juli 2011)

4 Vgl. hierzu: www.BINetz.de, „BürgerNetz Heidelberg“ mit den Bürgerinitiativen (BI):

BI Baukultur Neuenheim: Erhalt des historischen Ortskerns, Erhaltungs- und Gestaltungssatzung (.....)

BI Beethovenstraße: Rücknahme der geplanten Baudichte, Erhalt der Gärten als grüne Lunge (.....)

BI „Lebendige Bahnhofstraße: Beobachtung und Begleitung der Bauarbeiten, Baudichte (.....)

BI Mühlthalstraße: Reduzierung der geplanten Baudichte (....)

Bürger für HD. e.V.: Mitarbeit im „Arbeitskreis Bürgerbeteiligung“, Alternativvorschläge zur „Stadt an den Fluss“ mit den Tunnelplänen, Vorschläge zu Konversionsflächen (.....)

BI -ILA (Initiative Lebenswerte Altstadt): Aktuelle Planungen am Theaterplatz (Kino Harmonie/Lux)

BI -Linda (Leben in der Altstadt): Verbesserung der Lebensqualität in der Altstadt, Reduzierung von Dreck, Lärm und Randalen in der Altstadt (.....)

IG Handschuhsheim e.V.: Unterstützung der BI Mühlthalstraße und Erfahrungsaustausch mit Neuenheim
Heidelberger gegen Stuttgart 21: Aktivgruppe gegen Tiefbahnhof in Stuttgart

BI -ILA (Initiative Lebenswerte Altstadt)

doch personell, neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit **als Mandatsträger/-in** im Heidelberger Gemeinderat, **mit der Organisation öffentlicher Informationsprozesse zur Meinungs- und Willensbildung** ihrer Wähler und Mitglieder **stark überfordert!!** Derzeit wird von der Verwaltung über „**Wissen schafft STADT**“²⁾ und „**Heidelberger Schlossgespräche**“¹⁾ eine **neue öffentliche, transparente „Kommunikationskultur“** in Heidelberg aufgebaut, die sowohl die städtebaulich **räumliche Gestaltung und Ausdehnung der Universität** mit ihren vielfältigen Projekten zur Wissenschaftskommunikation in den Stadtteilen Altstadt, Bergheim, Bahnstadt und Neuenheimer Feld, als auch geplante Vorhaben der Stadt Heidelberg zum **Stadtumbau und zur Stadtgesellschaft in Heidelberg als Leitthemen** verfolgt. Noch aber **fehlt eine breite Allianz**, gebildet **aus Stadtverwaltung, aus Politik/aus im Gemeinderat vertretenen Parteien, aus Wirtschaft, Wissenschaft, aus Stadtteilvereinen, aus Stiftungen, aus Kultureinrichtungen der Stadt und aus der Heidelberger Bürgerschaft**, die den eingeleiteten Prozess „kontinuierlich“ begleiten und mittragen. **Neue starke Netzwerke** aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und der Heidelberger Bevölkerung **sind gefragt, müssen organisiert und geknüpft werden**, sollen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur als **Ziele einer nachhaltigen Entwicklung von Stadtraum und Stadtgesellschaft** in Heidelberg, nicht wieder, wie so vieles schon in dieser Stadt, **als Strohfeuer verbrennen**.

Über ein bereits **bestehendes Handlungsspektrum zur >Stadtentwicklungs- (STEP 2015) und Verkehrsplanung (VEP 2001), zum Modell Räumliche Ordnung (MRO 1998), zur Stadtteilrahmenplanung (1995 – 2006)**³⁾ usw. werden dem Heidelberger Gemeinderat „im Herbst“ zur **Information und Entscheidungsfindung** weitere Vorschläge von der Verwaltung **mit Schwerpunktthemen >zur räumlichen Entwicklung von Stadtraum und >Stadtgesellschaft mit „systematischer Bürgerbeteiligung“ vorgelegt:**

>Entwurf „Leitlinien für eine systematische Bürgerbeteiligung in HD (Okt. 2011)

des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung * Mehr Information und Transparenz von Vorhaben und Projekten der Verwaltung und Verzahnung mit dem „repräsentativen politisch-administrativen System aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft in HD.

>“Wissen schafft STADT“ * Eine Internationale Bauausstellung in Heidelberg (IBA)

- | | |
|--|---|
| >Masterplan EMBL/MPI | * Campusentwicklung |
| >Masterplan Campus 2 | * Fortschreibung der Rahmenplanung Bahnstadt durch den Sieger des städtebaulichen Wettbewerbs „ Wissen schafft STADT “ ⁴⁾ |
| >Masterplan Neuenheimer Feld | * Gemeinsame Erarbeitung einer Masterplanung Stadt Heidelberg mit Universitätsbauamt |
| >Masterplan Konversionsflächen | * Sachstandsbericht mit Vorschlag zum Entwicklungsmanagement |

1) Vgl. hierzu: Faltblatt als öffentliche Einladung zu vier Diskussionsforen „**Wissen schafft Stadt**“, Mai 2011
Veranstalter: Stadt Heidelberg und Universität Heidelberg: „**Wissen schafft STADT**“

2) Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ), 23.09.2011, „Architektur als spannendes Lernobjekt“, Auftaktveranstaltung der „**Heidelberger Schlossgespräche**“

3) Vgl. hierzu: **Stadtteilrahmenpläne** für 14 Heidelberger Stadtteile, **Teil 2: Entwicklungskonzepte und Maßnahmevorschläge** zu: **Bevölkerung, Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Kinder, Jugend, Frauen, Senioren, Kultur, Freizeit, Schule, Verkehr, Umwelt, Freiflächen, Stadtgestalt**

4) VGL. hierzu: Heidelberg Cement AG, Heidelberger Bauforum: Ausschreibung Studentischer Ideenwettbewerb „**Wissen schafft Stadt**“

- >Masterplan „HD 2030“
- * „Die neue Identität für Heidelberg 2030“
Entwickelt aus dem Siegerentwurf des Städtebaulichen Studentenwettbewerbs
„Wissen *schafft* STADT“
- >Entwicklung von Konversionsflächen in Heidelberg 1)
- * **Dialogischer Planungsprozess**
mit Information, Transparenz und Sachlichkeit:
- >**Dokumentation und Veröffentlichung**
der Ergebnisse der Arbeitssitzungen des Entwicklungsbeirates sowie der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe; 2)
- >Vom **Entwicklungskonzept zur Standortplanung;**
- >Qualitäten und strategischen Ansätzen für ein **Nutzungskonzept;**
- >**Darstellung der Wechselwirkung auf die Planung im jeweiligen Stadtteil;**
- >Darstellung der **Wechselwirkungen mit der räumlichen Planung im Bestand der Stadt Heidelberg**
und den übergeordneten Leitzielen,
mit **Vorgaben zur Fortschreibung des:**
- >**Flächennutzungsplans** (Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim)
- >**Stadtentwicklungsplans (STEP 2015)**
- >**Modells Räumliche Ordnung (MRO) mit Dichteplan (1996)**
- >**Verkehrsentwicklungsplans (2001)**
- >**Stadtteilrahmenpläne (1995 – 2006) usw.**
- >Kongress- und Tagungsstandort Heidelberg 3)
- * „Entwicklung eines transparenten Verfahrens zur Standortsuche eines Kongresszentrums unter Beteiligung der Öffentlichkeit
- >**Die Verwaltung** wird beauftragt (.....)
- 1) **Rahmenbedingungen für einen Beteiligungsprozess** der Bürgerschaft zu entwickeln (.....)
- 2) Einen **Entscheidungsvorschlag für die Durchführung des Verfahrens** zur Findung des Standortes für ein Kongresshaus unter Beteiligung der Bürgerschaft vorzulegen. (.....)

1) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung u. Statistik, Stadtplanungsamt, 10.11.2010
Drucksache: 0344/2010/BV * Beschlussvorlage Gemeinderat

2) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Stadtplanungsamt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Abt. für Entwicklungsmanagement (Hrsg.): Protokolle des Entwicklungsbeirat zu:
„Heidelberg, Dialogischer Planungsprozess „Konversion in Heidelberg“
- Den Wandel Gestalten „

3) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Drucksache 0001/2011/BV

>**Kinostandort Heidelberg** 1)2)

>**Standortdiskussion** 3) mit öffentlicher Diskussion und „Systematischer Bürgerbeteiligung“

>**Vorlage eines Kinogutachtens**

zur Entwicklung der Heidelberger Kinolandschaft unter >stadtentwicklungs-, wirtschaftlichen und zeitlichen Gesichtspunkten.

>**Suchkorridore für ein kommerzielles Kino**

>**Überprüfung der Rahmenbedingungen des Kinostandes** mit den städtebaulichen und kulturellen Maßnahmevorschlägen des „**Stadtentwicklungsplans**“ (STEP 2015) und des „**Modells Räumliche Ordnung**“ (MRO)

>**Überprüfung der Rahmenbedingungen des Kinostandes** mit dem **Entwicklungskonzept** und den **Maßnahmevorschlägen der Stadtteilrahmenpläne, Teil 2**, zu städtebaulichen, räumlichen und stadtgestalterischen Zielsetzungen:

>**Wohnen und Leben** im Stadtteil

>**Arbeiten und Einkaufen** im Stadtteil

>**Kultur, Freizeit und öffentliche Freiflächen** im Stadtteil

>**Verkehr und Umwelt** im Stadtteil

>**Der Nutzung von kulturellen Freizeiteinrichtungen Theater, Museen, Kino und Kongresse im Zusammenspiel mit Tourismus, Hotel, Gastronomie und „attraktivem Einzelhandel“ im Bestand ist Vorrang einzuräumen.**

1) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Antrag Nr.: 0033/2011/AN, v. 09.05.2011

Betreff: **Kino-Konzept: Vorlage bzw. Vergabe eines Kinogutachtens zur Entwicklung der Heidelberger Kinolandschaft**

2) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Drucksache: 0251/2011/BV, v. 31.08.2011

Betreff: **Kinostandort Heidelberg**

S. 3.1 ff, >**A. Prüfung der Nachhaltigkeit in Bezug auf die Ziele Des Stadtentwicklungsplanes/ der Lokalen Agenda Heidelberg**

>**B. Begründung:**

3) Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Dezernat I Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Anlage 05 zur Drucksache: 0251/2011/BV

Inhaltlicher Antrag der Arbeitsgemeinschaft GAL/ HD-pflegen v. 03.05.2011

-Behandlung des Themas Kinostandort/Kinokonzept in öffentliche Sitzungen der Bezirksbeiräte Altstadt und Bergheim.

-Frühzeitige Diskussion der Standortvarianten zur Entwicklung der Heidelberger Kinolandschaft mit den Heidelberger Bürger/-innen.